

Gießener Anzeiger vom 09.12.2015

// 30 000 Euro zusätzlich für Sozialarbeit

GIESSEN (tt). Noch für dieses Jahr hat Oberbürgermeisterin Dietlind Grabe-Bolz (SPD) ein Konzept im Zusammenhang mit der Trinkerszene rund um den Marktplatz angekündigt. „Die Mittel dafür werden wir im Haushalt abbilden können“, sagte die Kämmerin bei der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Montagabend. Zugleich habe sich ein von der CDU im Rahmen der Haushaltsberatungen gestellter Antrag, die Mittel für die aufsuchende Straßensozialarbeit um 25 000 Euro zu erhöhen, erledigt. Denn: Dadurch, dass das Land die Mittel für die Schuldnerberatung der Diakonie übernimmt, können die frei werdenden Gelder in Höhe von rund 30 000 Euro für die aufsuchende Straßensozialarbeit eingestellt werden. Somit stehen für den Einsatz der Diplompädagogin Sarah von Trott und der Sozialarbeiterin Sabrina Thiel im kommenden Jahr 80 000 Euro zur Verfügung. An jeweils einem vollen und zwei halben Tagen in der Woche besuchen die beiden Mitarbeiterinnen des Diakonischen Werks ihre Klienten, etwa 180 bis 200. Seit mehr als fünf Jahren sind die beiden Frauen regelmäßig an Szenetreffpunkten wie Marktplatz, Stadt- oder Theaterpark unterwegs.

CDU-Antrag abgelehnt

Vor allem in diesem Jahr hat sich das Problem massiv verstärkt. So hat die Zahl der Beschwerden von Geschäftsleuten, Anwohnern und Besuchern der Innenstadt erheblich zugenommen. Erst kürzlich hat ein Familienvater, der in der Waagengasse wohnt, beklagt, dass das kleine Gässchen als öffentliche Toilette missbraucht werde. So komme es selten vor, dass man nicht an frischen Urinspuren vorbeilaufen müsse.

Die Stadt wiederum hat unter anderem mit einer Aufstockung des Personals beim Ordnungsamt reagiert. Vor wenigen Wochen hat Magistratssprecherin Claudia Boje angekündigt, es sei das Ziel, noch präserter rund um den Marktplatz zu sein. Ob es dabei möglicherweise zu einer Wiederauflebung des freiwilligen Polizeidienstes, den die rot-grüne Stadtregierung im Zuge der Schutzschirmberatungen gestrichen hatte, oder etwas Ähnlichem komme, ließ die Sprecherin offen. Die CDU hat ihren Antrag am Montagabend, 25 000 Euro für die Wiedereinführung der Ordnungsmaßnahme einzustellen, jedenfalls nicht zurückgezogen. Jedoch hat die Ausschussmehrheit das Ansinnen der Union abgelehnt.